

Widerständige Differenz: Transnationale soziale Bewegungen zwischen gegenhegemonialer Institutionalisierung und nicht-integrativer Präfiguration

Leonhardt, Christian; Nonhoff, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Leonhardt, C., & Nonhoff, M. (2019). Widerständige Differenz: Transnationale soziale Bewegungen zwischen gegenhegemonialer Institutionalisierung und nicht-integrativer Präfiguration. *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 10(1), 9-27. <https://doi.org/10.3224/zpth.v10i1.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Widerständige Differenz

Transnationale soziale Bewegungen zwischen gegenhegemonialer
Institutionalisierung und nicht-integrativer Präfiguration

*Christian Leonhardt / Martin Nonhoff**

Schlüsselwörter: Widerstand, soziale Bewegung, Alterglobalisierungsbewegung, Occupy Wall Street, Hegemonie, Gegenhegemonie, Post-Anarchismus, Demokratie

Abstract: Dass soziale Bewegungen eine transnationale Dimension besitzen können, ist nichts Neues. In Bezug auf die jüngsten sozialen Bewegungen wie Occupy Wall Street kann man diese aber nur verstehen, wenn man von einem Widerstandsbegriff ausgeht, der die von diesen Bewegungen aufgeworfene Frage zu alternativen demokratischen Praxen miteinbezieht. Hier zeigt sich, dass Widerstand zwischen den Polen gegenhegemonialer Institutionalisierung und nicht-integrativer Präfiguration oszilliert und selbst Ergebnis einer Auseinandersetzung auf einem umkämpften Bewegungsterrain ist. Die Spannung zwischen gegenhegemonialer Institutionalisierung und nicht-integrativer Präfiguration nennen wir widerständige Differenz. Diesen Begriff entwickeln wir zunächst entlang Überlegungen von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, post-anarchistischer Ansätze und ihrer gegenseitigen Kritik aneinander. Daraufhin können wir zeigen, dass sich bei den jüngsten sozialen Bewegungen die transnationale Dimension insbesondere auf die nicht-integrative Präfiguration alternativer demokratischer Lebensweisen bezieht, wohingegen sich gegenhegemoniale Institutionalisierungsprozesse von Parteibildungen bis zu *general assemblies* auf der lokalen Ebene niederschlagen.

Abstract: No doubt, there is a transnational dimension to social movements. To understand this dimension in the youngest social movements like Occupy Wall Street, a concept of resistance is needed which takes the question of alternative democratic action into account. Here, we can show that resistance is always oscillating between the poles of counter-hegemonic institutionalization and non-integrating prefiguration and is in itself the result of a conflict on a contested movement terrain. We call this suspense between counter-hegemonic institutionalization and non-integrating prefiguration the deviation of resistance. To develop such a term of resistance, we turn to the thoughts of Ernesto Laclau and Chantal Mouffe as well as post-anarchist approaches and both their criticism. Followed by that, we can argue that in the youngest social movements the transnational dimension deals with non-integrating prefiguration of alternative democratic modes of living, whereas on the local dimension the counter-hegemonic institutionalization is reflected in the establishment of parties or general assemblies.

Große soziale Bewegungen sind selten auf einen nationalen Rahmen beschränkt: Die Arbeiterbewegung ist es nicht, die Frauenbewegung ist es nicht und '68 war es auch nicht –

* Christian Leonhardt, Universität Bremen
Kontakt: chleon@uni-bremen.de
Martin Nonhoff, Universität Bremen
Kontakt: martin.nonhoff@uni-bremen.de

um nur einige zu nennen. Als die Proteste gegen die WTO 1999 in Seattle zum Kristallisationspunkt einer neuen Bewegung wurden, trug diese die Transnationalität sogar im Namen: Alterglobalisierungsbewegung. Dabei fand sie nicht nur an vielen Orten auf der Welt statt, sondern koordinierte sich auch explizit über Ländergrenzen hinweg gemeinsam.

Als zwölf Jahre später weltweit an vielen Orten erneut protestiert wurde, hätte man meinen können, die Alterglobalisierungsbewegung sei wieder zurück: ähnliche Aktionsformen, ähnliche Demokratieverständnisse, ähnliche Kapitalismusanalysen. Was fehlte, waren transnationale Formen der Organisation und Koordination. Im Gegenteil zeichneten sich nun die einzelnen Widerstände selbst durch eine starke Ortsbezogenheit aus. Sie richteten sich nicht mehr primär gegen internationale sondern gegen nationale politische und wirtschaftliche Institutionen, denen sehr lokal – zum Beispiel auf besetzten Plätzen – alternative Formen der Demokratie entgegengesetzt wurden (vgl. della Porta / Mattoni 2014). Trotzdem werden von der Politischen Theorie die verschiedenen Bewegungen des Protestjahres 2011 – vom sogenannten arabischen Frühling, über die Besetzungen öffentlicher Orte in Griechenland, Israel und Spanien bis zu Occupy Wall Street und den Folgebesetzungen weltweit – häufig in einem Atemzug genannt und stell(t)en sich auch meist selbst in den gleichen zeitlich-räumlichen Kontext des Widerstandes.

Wir wollen in diesem Beitrag zeigen, dass es tatsächlich eine transnationale Dimension des Widerstandes dieser Bewegungen gibt. Diese kann man aber nur verstehen – so unsere politisch-theoretische Intervention –, wenn man von einem Widerstandsbegriff ausgeht, der die von diesen Bewegungen aufgeworfene demokratische Frage miteinbezieht. Denn es treffen hier zwei Konzeptionen demokratisch-widerständiger Praxis aufeinander, die sich auch in der Politischen Theorie auseinanderhalten lassen. So gibt es einerseits die Vorstellung, die bestehenden demokratischen Institutionen zu nutzen und so zu reformieren, dass fortschrittliche Politik möglich wird. Dieser Institutionalisierungsprozess von widerständigem Handeln lässt sich im Sinne einer Gegenhegemonie denken, die auch auf Parteigründungen und auf Wahlsiege abzielen soll (vgl. Mouffe 2005; White 2016). Einige Teile von Bewegungen haben diesen Schritt vollzogen (vor allem Podemos, mit Einschränkungen Syriza). Dem wird andererseits das Argument entgegengehalten, dass in den Bewegungen eine grundsätzlich andere Demokratie präfiguriert würde, die stets experimentellen Charakter habe (zum Beispiel M15, Occupy). Würde man sich zu schnell und vorbehaltlos ins etablierte liberaldemokratische politische System integrieren, seien diese Optionen zu experimenteller Präfiguration gefährdet. Deswegen wird aus dieser zweiten Perspektive etwas propagiert, was man eine Strategie der „Nicht-Integration“ nennen könnte (Bray 2013; Crimeth Inc. 2017; Graeber 2012).

Vor dem Hintergrund dieser beiden Perspektiven lässt sich entfalten, was eine Theorie des (nicht nur) transnationalen Widerstands aus den 2011er Protestbewegungen lernen kann: Zunächst entfaltet sich nämlich Widerstand meist solchermaßen, dass er zwischen den beiden eben genannten Polen – gegenhegemonialer Institutionalisierung und nicht-integrativer Präfiguration – oszilliert. Beide Pole stehen in Spannung zueinander und werden stets in konkreten Auseinandersetzungen auf einem umkämpften Bewegungsterain auf je unterschiedliche Weise in Beziehung gesetzt. Diese Spannung zwischen gegenhegemonialer Institutionalisierung und nicht-integrativer Präfiguration nennen wir *widerständige Differenz*. Für eine Theorie des transnationalen Widerstands ist dabei nun allerdings von besonderem Interesse, dass sich die widerständige Differenz auf variable Weise mit der Differenz zwischen nationalem und transnationalem Fokus einer Wider-

standsbewegung verkoppeln kann. Dies wird deutlich, wenn man die Alterglobalisierungsbewegung um die Jahrtausendwende mit den jüngeren sozialen Bewegungen des Jahres 2011 ff. vergleicht. Während erstere auf transnationaler Ebene eine Tendenz zur gegenhegemonialen Institutionalisierung zeigte (weltweite Verkopplung von Bewegungen; globale Vernetzungstreffen wie die Weltsozialforen), ist Vergleichbares bei letzteren nicht festzustellen. Vielmehr liegt die spezifische transnationale Qualität der Bewegungen von 2011 ff. eher im Ausdruck einer diskursiven Affinität, etwa durch Verweise auf ähnliche, aber an lokale Verhältnisse angepasste experimentell-präfigurative Lebensformen. Gegenhegemoniales Handeln hingegen bezieht sich bei den jüngeren Bewegungen vor allem auf die lokale oder die nationale Ebene.

Der Fokus unseres Beitrags liegt auf der *systematisch-theoretischen* Beschreibung der widerständigen Differenz einerseits und ihres Zusammenspiels mit der Frage der transnationalen Dimension von Widerstand andererseits. Dafür stellen wir im Folgenden zunächst beide Perspektiven auf Widerstand beispielhaft vor. Für die Perspektive der gegenhegemonialen Institutionalisierung konzentrieren wir uns auf die Überlegungen von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe zu Hegemonie und radikaler Demokratie. Diese konfrontieren wir für die nicht-integrative, experimentell-präfigurative Perspektive mit der nicht-hegemonialen Kritik von Richard J. F. Day und Saul Newman. Anschließend entwickeln wir aus der Kritik an beiden Perspektiven den Begriff der widerständigen Differenz genauer. Schließlich zeigen wir anhand einer kurzen Betrachtung von Occupy Wall Street, wie sich widerständige Differenz und die transnationale Dimension von Widerstand im Unterschied zur Alterglobalisierungsbewegung gewandelt haben.¹

1. Widerstand zwischen Hegemonie und Präfiguration von Alternativen

Im folgenden ersten Abschnitt beleuchten wir zunächst, wie Ernesto Laclau und Chantal Mouffe in ihrer Hegemonietheorie eine spezifische, gegenhegemoniale Form der Widerstands privilegieren (wenn sie auch durchaus im Rahmen radikal-pluralistischer Ideen Formen der Autonomie einzelner Akteure nicht völlig unbeachtet lassen). Anschließend rekonstruieren wir, wie mit Richard J. F. Day und Saul Newman zwei post-anarchistische Autoren ihre Kritik am Hegemoniefokus von Laclau und Mouffe mit der Vorstellung von nicht-hegemonialem, nicht primär an politischen Institutionen orientiertem Widerstand verbinden. Diese Vorstellung impliziert insbesondere das experimentelle Präfigurieren von alternativen politischen Formen.

1.1 Hegemonie und die Kritik des Exodus (Laclau/Mouffe)

Mit der Veröffentlichung von *Hegemony and Socialist Strategy* im Jahr 1985 (dt. Laclau / Mouffe 2012 [1985]) intervenierten Ernesto Laclau und Chantal Mouffe in eine historische Konstellation, in der die ‚alte‘ soziale Bewegung – die Arbeiterbewegung – in den

1 Die Betrachtung muss in diesem Beitrag allerdings explorativ bleiben, wir erheben keinen Anspruch darauf, Occupy Wall Street detailliert aus Akteursperspektive zu rekonstruieren. Das Ziel ist vielmehr die Plausibilisierung des theoretischen Arguments.

westlichen Demokratien zunehmend unter Druck geraten war² und zugleich die Sowjetunion als linkes Vorbild politisch wie wirtschaftlich immer weniger überzeugte. Die Alternative, die Laclau und Mouffe ausmachten, waren Bündnisse von *neuen* sozialen Bewegungen, also unter anderem der Frauen-, der Umwelt- oder der Friedensbewegung; durchaus auch unter Einbeziehung der Arbeiterbewegung. Diese Bündnisse wurden aus der Perspektive gesellschaftlicher Hegemoniebildung theoretisiert: Es ging darum, vermittelt über einen gemeinsamen Gegner (grob gesagt: den Neoliberalismus), einen gemeinsamen Willen zu etablieren und auf dieser Basis gesellschaftlich wie auch in den politischen Institutionen erfolgreich zu sein. Dabei argumentierten Laclau und Mouffe, dass der gemeinsame Wille eine instabile, durch diskursive Artikulationen hergestellte Konstruktion ist. Dieser Konstruktionsprozess ist insofern spannungsreich, als die Pluralität der verschiedenen Bewegungen zugleich geachtet, diese aber auch unter der Führung einer zum Repräsentanten werdenden Kraft in eine ‚Äquivalenzkette‘ eingebunden werden müssen, damit das Ziel der Hegemonie (bzw. der Gegenhegemonie zum neoliberal-konservativen Lager) erreicht werden kann. Damit ist in *Hegemony and Socialist Strategy* auch eine Spannung zwischen Hegemonie und radikalpluralistischer, von der Kontingenz der sozialen Verhältnisse ausgehender Demokratie angelegt (vgl. Nonhoff 2019).³

Während Ernesto Laclau die Hegemonietheorie in den Jahren nach *Hegemony and Socialist Strategy* zunächst vor allem in ihrer ontologischen Dimension weiter ausleuchtete und sie dann als Populismustheorie rekonzipierte, widmete sich Chantal Mouffe der Hegemonietheorie als Demokratietheorie. In ihren Studien wurde regelmäßig hervorgehoben, dass gegenhegemonialer Widerstand in Demokratien auch institutionell vorangetrieben werden muss. Zwar muss für Mouffe institutionalisierte Politik immer von Interventionen der Zivilgesellschaft wie sozialen Bewegungen flankiert werden, die „eine wichtige Ebene für die Artikulation von Forderungen und die Ausarbeitung von Vorschlägen“ (Mouffe 2005: 29) darstellt. Ihre Aufgabe sei es unter anderem vernachlässigte Themen auf die Tagesordnung zu bringen, zur Entstehung von neuen Subjektivitäten beizutragen oder auch Terrain für die Kultivierung andersartiger sozialer Beziehungen zu sein (vgl. Mouffe 2016 [2013]): 186). Allerdings sei dies alles kein Ersatz für repräsentative Institutionen (ebd.: 186), denn sozialen Bewegungen gelänge es alleine nie, Machtstrukturen zu transformieren: „[A]ls Schaltstelle bleiben politische Institutionen notwendig“ (Mouffe 2005: 29; ähnlich auch Mouffe 2016 [2013]): 171). Ziel politischer Allianzen ist es demnach, Synergien zwischen unterschiedlichen Interventionsformen – parlamentarischen und außerparlamentarischen Bemühungen, sozialen Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften – herzustellen (vgl. Mouffe 2005: 39; Mouffe 2016 [2013]): 119 f., 186). Zusammen könnten diese daran arbeiten, auch tiefgreifende Veränderungen der bestehenden Institutionen herbeizuführen „und sie [die Institutionen; Hervorhebung d. A.] zu einem Vehikel für die Artikulation der mannigfaltigen demokratischen Forderungen [zu] machen, die das Prinzip der Gleichheit auf so viele soziale Beziehungen ausdehnen würde, wie möglich“ (Mouffe 2016 [2013]): 120).

In Anbetracht der Tatsache, dass Mouffe es als notwendig ansieht, dass soziale Bewegungen Parteien und Gewerkschaften einbeziehen, verwundert es nicht, dass sie Stra-

2 Zum Beispiel durch die Bekämpfung der Gewerkschaften durch Margaret Thatcher in den frühen achtziger Jahren.

3 Eine Spannung, die im Übrigen im Titel der deutschen Übersetzung – *Hegemonie und radikale Demokratie* – klar zum Ausdruck gebracht wird.

tegien in jüngeren sozialen Bewegungen ablehnt, die sich für einen Rückzug aus Parteien und eine Verweigerung dem Staat gegenüber aussprechen. Hierbei formuliert sie vor allem eine Kritik an den ‚Exodus-‘ beziehungsweise ‚Rückzugstheorien‘ wie jene, die Michael Hardt und Antonio Negri⁴ in ihrer *Empire*-Trilogie entwerfen (vgl. v. a. ebd.: 115 ff.). In ähnlicher Weise kritisiert sie den Teil der Alterglobalisierungsbewegung, den sie von dieser Theorie beeinflusst sieht. Im Zuge des Auftretens von Bewegungen wie Occupy oder M15 erneuert sie diese Kritik noch einmal. Auch Ernesto Laclau wies auf die Problematik einer Vereinseitigung von Autonomiebestrebungen hin (vgl. Laclau 2014: 9).

Gegen Hardt / Negris Vorstellung einer unmittelbar präsenten (also ohne Repräsentation funktionierenden), sich spontan gegen die Kräfte des Empire organisierenden Multitude argumentiert Mouffe, dass politischer Widerstand immer schon in einem ‚gekerbten‘ Feld agiere (vgl. Mouffe 2005: 40) und gezwungen sei, sich mit aktuellen Hegemonien auseinanderzusetzen. Tue er dies nicht, beschneide er sich nicht nur seiner Handlungs- und Einflussmöglichkeiten, sondern schwäche auch gleichzeitig demokratische Institutionen beziehungsweise demokratische Elemente in Institutionen. Die Folge davon sei einerseits, dass diese Institutionen den Rechten überlassen werde und der ‚Fortgang der Ereignisse‘ nicht weiter beeinflusst werden könne (vgl. Mouffe 2016 [2013]: 121). Andererseits führe dies zu einer allgemeinen Entmutigung, an politischen Prozessen teilzunehmen, und, da keine nicht diskreditierten demokratischen Identitäten zu Verfügung stünden, zu einem Anwachsen „anderer kollektiver Identitätstypen, die sich um religiöse, nationalistische oder ethnische Identifikationsformen bilden“ (Mouffe 2005: 50).

In diesem Sinne forderte Mouffe 2005 in *Exodus oder Stellungskrieg* die Alterglobalisierungsbewegung auf, endlich zu einer „wirklich politischen Bewegung“ (Mouffe 2005: 62) zu werden und beendete diesen Aufruf mit dem Satz: „Es gibt eine Alternative, und es ist Zeit, den historischen Block zu formen, der diese neue Hegemonie etabliert“ (ebd.: 63). Die gleiche Kritik und Mahnung wiederholte sie in den letzten Jahren auch in Richtung jüngerer Bewegungen wie Occupy und den Indignados einerseits, lobte jedoch auch andererseits „bedeutende[...] Weiterentwicklung[en]“, wie Syriza und Podemos (Mouffe 2016 [2013]: 164 ff.; vgl. auch Errejón / Mouffe 2016). Denn letztere arbeiteten nicht gegen, sondern mit und in Institutionen, gründeten Parteien, versuchten Wahlen zu gewinnen und entwickelten eine gemeinsame Identität, die in der Lage sei, Äquivalenzketten zu bilden. Dies fasst sie unter dem Schlagwort eines linken Populismus zusammen (vgl. Mouffe 2018). Bewegungen wie Occupy oder die Indignados hingegen wiederholten

4 Vgl. Hardt / Negri 2002. In *Agonistik* geht Mouffe auch auf den Begriff des Exodus bei Paolo Virno ein, der wie Hardt und Negri dem Postoperaismus zugerechnet werden kann. Vgl. hierzu Mouffe 2016 [2013]: 111 ff.; für die Theorie des Exodus Virno 2005 und 2010. Mathijs van de Sande (2015: 179, 191) weist jedoch zurecht darauf hin, dass es unzulänglich ist, alle Formen des Widerstandes, die sich nicht in Parteien und Parlamenten organisieren, als reine ‚Exodusstrategien‘ zu bezeichnen. Die Institutionalisierungen, die sich bei Occupy oder M15 ergaben, seien besser als „Präfigurationen“ zu beschreiben, da es sich um diverse Formen von „building a new society within the shell of the old“ handle (ebd.: 188), deren primäres Ziel zum Beispiel nicht die Abschaffung des Staates sei, sondern die Rekonfiguration der Eigentums-, Produktions- und Kommunikationsbeziehungen (ebd.: 183). Zudem sei „Präfiguration“ auch der Begriff, der in den Bewegungen selbst verwendet werde (ebd.: 179). Allerdings liegt das Problem in der Begriffswahl von „Exodus“ bei den Postoperaisten und nicht, wie es van der Sande (2019: 191) suggeriert, bei Mouffe, die den Begriff lediglich in ihrer Kritik übernimmt. Nichtsdestotrotz benutzen auch wir die Begriffe ‚Exodus‘ und ‚Rückzug‘ lediglich in Anführungszeichen und sprechen lieber von nicht-integrativer Präfiguration.

die Fehler der Alterglobalisierungsbewegung und verharren mit ihrer Verweigerungshaltung im politischen Embryonalstadium.

Auf theoretischer Ebene kritisiert Mouffe, dass einige Anhänger_innen von Rückzugstheorien diese Bewegungen homogener erscheinen ließen, als sie es seien, und all ihre Aktionen zu einem neuen Typus der ‚molekularen‘ Politik in ihrem Sinne zu (v)erklären versuchten (vgl. Mouffe 2016[2013]: 162). Doch selbst wenn es der Fall sei – was Mouffe sehr bezweifelt –, dass alle innerhalb dieser Bewegungen eine Politik jenseits von Repräsentation anstrebten, sei das noch kein Grund dafür, anzunehmen, dass dieses Ziel richtig ist (vgl. ebd.: 170). Vielmehr müssten sich diese Bewegungen und ihre Praktiken daran messen lassen, inwiefern sie in der Lage seien, „eine andere Art von Gesellschaft hervorzubringen, in der die von ihnen angeprangerten Ungleichheiten abgeschafft sind“ (ebd.: 171). Und das sei eben nicht zu erkennen (vgl. ebd.: 170 ff.). Insgesamt hält sie also diesen jüngeren Bewegungen in den liberalen, demokratischen Gesellschaften vor, es zwar immer wieder geschafft zu haben, die Alternativlosigkeit der neoliberalen Hegemonie in aktuellen Diskursen infrage zu stellen; jedoch seien daraus keine institutionellen Konsequenzen gefolgt.

Mit dieser Kritik trifft Mouffe einen wunden Punkt jüngerer sozialer Bewegungen. Wenn Widerstand dem Zustand, gegen den er sich richtet, nichts entgegenzusetzen hat, die Situation nicht ändern oder beeinflussen kann, dann ist es auch kein (erfolgversprechender) Widerstand. Bei aller berechtigten Kritik beinhaltet ihre Argumentation jedoch selber wenigstens zwei grobe Vereinfachungen und Kurzschlüsse. Erstens gibt es bei Mouffe in jüngerer Zeit eine Tendenz, politische Repräsentation auf Parteien und das Zielfeld der Repräsentation auf den Staat zu reduzieren. So werden allerdings Grundannahmen der Hegemonietheorie aus *Hegemony and Socialist Strategy* aufgegeben, die, wie oben ausgeführt, eine Theorie war, die aus Anlass des Auftauchens der neuen sozialen Bewegungen der 1960er bis 1980er Jahre geschrieben worden war. Dort hatten Laclau und Mouffe noch für die Achtung der Autonomie verschiedener Kämpfe plädiert (vgl. Laclau / Mouffe 2012[1985]: 232), wenn es auch für hegemonialen Erfolg auf die Verkopplung verschiedener Bewegungen ankäme. Aber genau diese prekäre Balance zwischen radikalem Pluralismus und Hegemoniestreben ist es, was in *Hegemony and Socialist Strategy* radikale Demokratie ausmacht (vgl. Nonhoff 2019). Mit Mouffes jüngeren Schriften stellt sich aber die Frage, ob die geforderte Institutionalisierung immer in Form von Parteienbildung geschehen muss und eine liberale, parlamentarische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit der einzig praktikable Rahmen für eine demokratische Gesellschaft ist. Es scheint so, als ob durch die Festlegung auf Parteien und Parlament als in *letzter Konsequenz* relevante Akteure eine Hierarchisierung der politischen Handlungen etabliert werden soll, die mit Etatismus und Parteifixiertheit zwei Elemente wieder durch die Hintertür einführt, die der Post-Marxismus eigentlich überwinden wollte. Oder andersherum formuliert: Mouffe scheint nahezu legen, dass Prozesse in der Zivilgesellschaft nur dann politisch relevant werden, wenn sie sich in *staatlichen* Institutionen verdichten. Dadurch geraten aber alle anderen Formen des Widerstands aus dem Blick und die Machtpotenziale der Zivilgesellschaft werden stärker vernachlässigt, als dies die frühere gemeinsame Arbeit mit Laclau nahegelegt hätte. Hinzu kommt, dass es keinen Grund gibt, warum sich Widerstand als jeweils aktualisierte Figuration eines Bruchs durch bloße Institutionalisierung (sei es durch eine Zentralisierung auf Parteien und parlamentarische Konflikte oder Bildung von ‚Alternativ-Ghettos‘) zwangsläufig verstetigen sollte. Die Option, dass Widerstand wieder verschwinden kann, ist vielmehr immer gegeben. Widerständiges Han-

deln braucht den Platz zum Anders-Werden, welcher sich nur in nicht-integrierten Räumen des Experimentierens entfalten kann.

Zweitens macht es sich insbesondere Mouffe mit ihrer Kritik der Repräsentations- und Staatskritik zu einfach. Sie begnügt sich damit, die Repräsentations- und Staatskritik bei Hardt und Negri zu rekonstruieren, um darauf – wider besseren Wissens (vgl. Mouffe 2016[2013]: 122) – zu suggerieren, alle Staatskritik würde auf denselben Grundannahmen beruhen. So wird jegliche Kritik an repräsentativer Demokratie automatisch mit naiv-harmonischen Vorstellungen von zukünftigen, post-revolutionären Gesellschaften und der reduktionistischen Begründung des Rückzuges auf unzulässige Weise kurzgeschlossen (vgl. ebd.: 175). Mouffe ignoriert dabei, dass es bereits eine lange Tradition dieser Kritik gibt, die ganz andere Argumente und Begründungen für eine Nicht-Beteiligung an Staat und Parteien liefert: nämlich das heterogene Feld der anarchistischen Theorie (vgl. van de Sande 2015: 178). Bemerkenswert ist dies auch deswegen, da es gerade eine Wiederbelebung anarchistischer Theorie und Praxis war, die sowohl die Alterglobalisierungsbewegung (Kuhn 2008; Graeber 2009), wie auch Bewegungen wie Occupy mitgestaltet hat (Graeber 2012; Bray 2013). Das soll nicht heißen, dass nicht auch auf diese der Vorwurf der Sozialromantik und des Essentialismus teilweise zutreffen kann, aber es gibt gerade im sogenannten Post-Anarchismus Ansätze, die in eine andere Richtung weisen. Dieser nicht-hegemonialen Kritik an der Hegemonie-Theorie wenden wir uns daher im folgenden Abschnitt zu.

1.2 Kritik der Hegemonie der Hegemonie im Post-Anarchismus

Nicht-hegemoniale Kritik wird vor allem von post-anarchistischen Theoretiker_innen wie Richard J. F. Day oder Saul Newman formuliert.⁵ Beide Autoren teilen zwar einige Positionen von Laclau und Mouffe (zum Beispiel zur Unabgeschlossenheit von Gesellschaft), fragen aber, ob der auf hegemonietheoretischen Annahmen aufbauende Begriff der radikalen Demokratie weit genug geht (vgl. Day 2005: 72; Day 2011: 100). Zwar würden bei Laclau und Mouffe viele Schwächen und Grenzen klassisch-marxistischer Hegemonietheorie – wie Ökonomismus und Klassenessentialismus – zunächst überwunden (vgl. Day 2005: 68; Newman 2011: 54), aber der Preis dafür seien zwei politisch zentrale Engführungen: zum einen die Engführung der Konzeption von Widerstand selbst und zum anderen jene der Konzeption von Repräsentation von widerständigen Akteuren.

Die erste Engführung konkretisiert Day dahingehend, dass sich Laclau und Mouffe zu sehr auf Widerstand im Sinne gegenhegemonialen Handelns konzentrierten. Eine solche Perspektive auf Widerstand gehe von der Annahme ‚einer‘ Gesellschaft aus, in der effekti-

5 Der Begriff ‚non-hegemonically‘ selber wird allerdings nur von Day verwendet. Im Allgemeinen kann man zwei unterschiedliche Stränge der Kritik an Laclaus und Mouffes Hegemonie- und radikaler Demokratietheorie unterscheiden: eine posthegemoniale und eine nicht-hegemoniale Kritik. Beiden ist gemein, dass sie die von Mouffe kritisierte ‚Exodus‘-Strategie befürworten, staatlichen Institutionen skeptisch gegenüberstehen und sich auf den von Gilles Deleuze (1993) geprägten Begriff der Kontrollgesellschaft beziehen (vgl. Beasley-Murray 2003; Day 2005). Die posthegemoniale Perspektive lehnt jedoch die These, dass Hegemonie für Gesellschaften konstitutiv ist, ab und geht davon aus, dass wir in posthegemonialen Gesellschaften leben. Posthegemonial seien diese Gesellschaften deswegen, da in ihnen für die Hegemonietheorie zentrale Elemente wie Ideologie (vgl. Beasley-Murray 2003: 118) und Repräsentation (vgl. ebd.: 120) kaum noch eine Rolle spielten. An ihre Stelle trete das Unbewusste der Affekte (vgl. ebd.: 120). Die einzige (revolutionäre) Kraft, die jenseits der Repräsentation und diesseits der Affekte agieren könne, sei die infiniten Ansammlung von Singularitäten, die Multitude (vgl. ebd.: 121 ff.).

ver sozialer Wandel nur gleichzeitig und *en masse* über einen gesamten nationalen oder supranationalen Raum erreicht werden könne (Day 2005: 8).⁶ Damit geriete aber aus dem Blick, dass es verschiedenste Modi der Kontestation gebe, die nicht zwangsläufig alle das Ziel hätten, Mittel und Wege zu finden, alles auf einmal und für jeden zu ändern: „[T]hey [Laclau und Mouffe] tend to advocate only for *counter*-hegemonic struggles against various kinds of subordination“ (ebd.: 75; Hervorhebung im Original). Diese Engführung nennt Day „*hegemony of hegemony*“ (ebd.: 8; Hervorhebung im Original).

Die zweite Engführung betrifft die Repräsentation von Widerstand. Für Newman gehen Laclau und Mouffe von einem (unnötig) engen Begriff von Repräsentation aus. Zwar bezweifelt er nicht an sich die von Laclau hervorgehobene Bedeutung von Repräsentation für radikale Bewegungen und Demokratietheorie (vgl. Newman 2011: 55). Es sei zunächst nichts Autoritäres an der Aussage, dass ein partikularer Signifikant temporär die leere Universalität des Politischen besetze, wodurch sich eine Vielzahl von Akteuren zusammenschließen und eine gemeinsame Sprache für ihre Kämpfe entwickeln könnten: „Indeed, without this function of the ‚stand-in‘ there can be no real hope of radical politics“ (ebd.: 55). Problematisch wird Laclaus Argumentation für Newman jedoch dort, wo Laclau, vor allem in den späteren Schriften wie *On Populist Reason* (2005), Repräsentation im Sinne von *leadership* zu verengen scheint (vgl. Newman 2011: 55). Dieser „underlying centralism“ (ebd.: 54) führe zu einer aus anarchistischer Perspektive problematischen Machtverschiebung von unten nach oben, die letztendlich Konflikte um Hegemonie auf das staatliche Terrain verweise und darauf reduziere (ebd.: 55). Da sich das Gleiche ebenso über Parteien und Gewerkschaften sagen ließe, besteht die Engführung darin, dass Laclau und Mouffe suggerieren, dass nur bestimmte Formen *in letzter Konsequenz* in der Lage sind, (gegenhegemonialen) Widerstand zu repräsentieren beziehungsweise ein gegenhegemoniales Zentrum zu bilden.

Im Unterschied zu dieser Lesart der Hegemonietheorie schlagen post-anarchistische Ansätze vor, auch politische Widerstandspraxen zu betrachten, deren primäres Ziel nicht die Bildung einer gegenhegemonialen Kraft ist. Diesen nicht-hegemonialen Widerständen gehe es laut Day (2005: 214) weniger darum, die Staatsgewalt zu beeinflussen und die ganze Gesellschaft auf einmal zu verändern. Vielmehr versuchten sie, lokale Änderungen zusammen mit denjenigen, mit denen sie die gleiche Affinität teilten, im Hier und Jetzt zu erreichen. So steht weniger die Idee staatlich-gesellschaftlicher Hegemonie (*hegemony of hegemony*) im Vordergrund als eine der spezifischen Affinität unter bestimmten Individuen und Gruppen, was Day als „*affinity for affinity*“ bezeichnet (ebd.: 8 f.; Hervorhebung im Original).⁷ Im Gegensatz zu gegenhegemonialen Widerständen zeichnen sie sich durch einen nicht-integrativen, präfigurativen Charakter aus. Sie sind insofern nicht-integrativ, als dass sie eine distanzierte Haltung gegenüber bestehenden politischen Institutionen einnehmen. So ver-

6 Diese Kritik trifft allerdings insbesondere auf *Hegemony and Socialist Strategy* nicht zu. Denn hier geht es ja gerade um die enorm hohe Pluralität sozialer Räume und die Verschiedenheit der Kämpfe, die aus ihnen resultieren. Dies entkräftet jedoch nicht Days Kritik, dass die Frage der Hegemonie für Laclau und Mouffe zentral sei.

7 Ein solches nicht-integratives, nicht-hegemoniales Vorgehen ist für Day (2005: 8) typisch für Widerstände der *newest social movements*, wie sie sich spätestens seit den Protesten gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1999 in Seattle entwickelt hätten. Konkret betrachtet er dabei *drop-out*-Kulturen (vgl. ebd.: 21), Protestpraxen wie *black-block*-Taktiken (vgl. ebd.: 29) sowie das Präfigurieren und Konstruieren von Alternativen zum Beispiel in politischen Kleingruppen wie den *affinity groups* (vgl. ebd.: 34 f.) oder sozialen Zentren (vgl. ebd.: 40 ff.).

zichten sie nicht nur auf Parteigründungen sondern generell auf die Mitarbeit in etablierten Institutionen und Foren. Stattdessen versuchen sie jenseits von ihnen, ‚selber‘ eine ‚bessere Welt‘ zu verwirklichen, indem sie präfigurativ mit alternativen Institutionen und Handlungen experimentieren. Solche Handlungen sind unter den Schlagwörtern *DIY* und *direct action* bekannt geworden, die Day als *politics of the act* bezeichnet (vgl. ebd.: 14 f., 89), da diese im Gegensatz zu *politics of demand* Forderungen an die staatlichen Institutionen nicht zum primären Fixpunkt des Handelns machten (vgl. ebd.: 15).

Zusammengefasst argumentiert die post-anarchistische Kritik, dass ein zu enges Verständnis von Repräsentation zu einem ebenso verkürzten Verständnis von Widerstand führt und dass es sich daher lohnt, nicht-hegemoniale Widerstandsstrategien und -taktiken intensiver zu erkunden, als dies bisher der Fall gewesen ist (vgl. Day 2005: 215). Dem können wir soweit zustimmen. In diesem Zusammenhang stellt Day auch klar, dass er nicht gegen jegliche reformistische und gegenhegemoniale Projekte sei (vgl. ebd.: 215) und dass auch nicht-hegemoniale Taktiken nicht „purely“ non-hegemonic“ gedacht werden könnten (ebd.: 19). Es gibt also für Day kein reines nicht-hegemoniales Handeln (eine Haltung, die Mouffe den ‚Exodus‘-Theorien zuschreibt und ihnen vorwirft (vgl. 2005: 29 f.)) und nicht-hegemoniales Handeln findet immer auch in einem von hegemonialen und gegenhegemonialen Projekten strukturierten gesellschaftlichen Raum statt. Auch das scheint plausibel.

Was das jedoch jenseits dieser Kommentare genau heißt, bleibt Day schuldig. Insgesamt sagt er zu wenig dazu, wie nicht-hegemoniale Formen von Institutionalisierung aussehen könnten und wie sie sich in eine von hegemonialen und gegenhegemonialen Projekten strukturierte Welt einfügen. Wenn man aber eine Diversität der Modi von Widerstand anerkennt – was richtig und wichtig ist –, dann muss man auch erklären, in was für einem Verhältnis diese Formen von Widerstand zueinander stehen und wie sie sich in einem gesellschaftlichen (hegemonial-strukturierten) Raum positionieren. Letzteres bedeutet insbesondere die Frage nach der Art und Weise der Institutionalisierung von *politics of the act*: Wie können sich diese einerseits in einer von hegemonialen Projekten strukturierten Gesellschaft verteidigen und wie bewahren sie dabei andererseits ihr nicht-integratives, präfiguratives und emanzipatorisches Moment?

2. Widerständige Differenz

An dieser Stelle wird deutlich, dass wir weder die insbesondere von Mouffe befürwortete Konzeption von gegenhegemonialem Widerstand noch die insbesondere von Day vorgeschlagene Konzeption des nicht-hegemonialen Widerstands für geeignet halten, gegenwärtiges widerständiges Handeln adäquat zu beschreiben. Auf der einen Seite lässt sich bei Laclau und Mouffe kritisieren, dass die Varianz von Formen des Widerstands hinter dem Fokus auf Hegemonie zu leicht verloren zu gehen scheint und dass ihre Begrifflichkeit von Repräsentation zu eng ist. Auf der anderen Seite droht insbesondere Day die Beziehung unterschiedlicher Formen und Praktiken des Widerstands zueinander und ihre Positionierung im gesellschaftlichen (hegemonial-strukturierten) Raum aus den Augen zu verlieren. Gleichzeitig wird hieraus aber auch klar, dass wir den wechselseitig aneinander formulierten Kritikpunkten ebenso zustimmen können.⁸ Widerstand zeigt sich immer in

8 Day selbst scheint etwas Ähnliches zu vermuten, wenn er hierzu zusammen mit Nick Montgomery titelt: „Everyone is Right that Everyone is Wrong“ (Day / Montgomery 2016: 67).

einer je spezifischen Weise von Institutionalisierung und Repräsentation, deren Varianz jedoch die Identifikations-, Repräsentations- und auch Aktionsmöglichkeiten der institutionalisierten parlamentarischen Demokratie übersteigt.

Wir argumentieren, dass widerständiges Handeln tatsächlich immer eine jeweils spezifisch-konkrete Form annimmt (vgl. Leonhardt 2018: 155 ff.). Widerstand tendiert dazu, (diskursives wie auch ganz konkretes) Territorium zu erlangen und zu verteidigen.⁹ Das bedeutet zugleich, dass sich Widerstand kaum als ‚reiner‘ Widerstand denken lässt. Er ist von Anfang an in bestehende Macht- und Herrschaftsstrukturen verwickelt, zu denen er in einem durchaus ambivalenten Verhältnis steht. Dies lässt sich analog zu Judith Butlers Machttheorie denken: Widerständige Subjekte wenden sich zwar gegen bestehende Macht- und Herrschaftsformationen, aber zugleich müssen sie diese in Rechnung stellen und mitunter aneignen, um eigene Handlungsmacht zu entfalten (vgl. Butler 2001: 9, 95). Genauso wenig kann Widerstand von einem ‚reinen‘ Außen her kommen: Einerseits lässt sich schon bei Foucault (vgl. 1983 [1976]: 95) lernen, dass es keinen Widerstand jenseits der Macht gibt; andererseits wird Widerstand in modernen Gesellschaftsverhältnissen kaum anders können, als sich irgendwann innerhalb hegemonialer Verhältnisse zu positionieren und sich mit anderen sozialen Kräften in Beziehung zu setzen.

Ausgehend hiervon argumentieren wir, dass nicht nur nicht-hegemoniale Taktiken nicht „purely“ non-hegemonic“ (Day 2005: 19) gedacht werden können, sondern dass auch umgekehrt gegenhegemoniale Taktiken nicht rein gegenhegemonial funktionieren. Wir schlagen daher einen Begriff von Widerstand vor, der einerseits Widerstand nicht auf einen bestimmten (gegenhegemonialen) Modus reduziert, aber andererseits die spezifischen gesellschaftlichen und politischen „Gelingensbedingungen“ (Kastner 2012: 63 ff.) von Widerstand nicht aus den Augen lässt, also das (auch institutionelle) Umfeld mitdenkt. Dies impliziert die Annahme, dass sich widerständiges Handeln auf dem spannungsreichen Feld von gegenhegemonialer Institutionalisierung und nicht-integrativer Präfiguration abspielt. Die oszillierenden *Bewegungen* von Widerstand zwischen Institutionalisierung und Nicht-Integration/Präfiguration – zwischen ‚Widerstand‘ und ‚Widerstehen‘ – auf diesem Feld nennen wir *widerständige Differenz*.¹⁰

In den meisten konkreten Fällen von Widerstand kommen beide Formen zum Tragen, auch wenn häufig entweder die gegenhegemonial-institutionalisierte oder die nicht-integrativ-präfigurative Seite betont werden wird. Das Verhältnis zwischen beiden Komponenten kann sich im Laufe der Entwicklung von widerständigen Bewegungen stets wandeln, denn es ist selbst Ausdruck eines ständigen Aushandlungsprozesses innerhalb dieser Bewegungen, der nicht zwangsläufig konflikthaft sein muss, aber kann. Im Folgenden zeichnen wir die Bewegung der Gleichzeitigkeit von Institutionalisierung und Nicht-Integration/Präfiguration sowie deren interne konflikthafte Aushandlung beispielhaft an Occupy Wall Street nach. Das erlaubt uns, auf die eingangs gestellte lokale und transnationale Frage zurückzukommen.

9 Das bedeutet auch, dass uns die gelegentlich im Postoperatismus anzutreffende Idee eines rein „nomadischen“, fluiden Widerstands nicht einzuleuchten vermag.

10 Mit ‚Differenz‘ ist hier ausdrücklich die Differenz zwischen den beiden Polen Institutionalisierung und Nicht-Integration/Präfiguration gemeint und nicht diejenige zwischen einem Ontischen und einem Ontologischen des Widerstandes, wie es vielleicht in Anlehnung an Oliver Marcharts (2010) Begriff der *politischen Differenz* diskutiert werden könnte.

3. Widerständige Differenz in jüngeren sozialen Bewegungen

Wenn man versucht, die widerständigen Bewegungen von Occupy Wall Street (OWS)¹¹ nachzuzeichnen, fallen zunächst drei allgemeine Gemeinsamkeiten mit anderen Bewegungen auf: Erstens ist OWS in einen gemeinsamen Kontext mit anderen Bewegungen zu verorten, die weltweit rund um das Jahr 2011 gegen die Folgen der sogenannten Finanzkrise, für (mehr und andere) Demokratie – oder in vielen Fällen beides – demonstrierten. Dieser transnationale Kontext zeigt sich zweitens unter anderem darin, dass diese Bewegungen meist öffentliche Plätze besetzten und sich auch ansonsten in ihren Praktiken, Ideen, Diskursen glichen. Drittens wurde dabei insbesondere in westlichen, liberalen Demokratien häufig die Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen und Parteien abgelehnt und im Rahmen von Besetzungen versucht, eine Selbstverwaltung zu etablieren, die eine andere Art der Demokratie präfigurieren sollte (vgl. della Porta / Mattoni 2014: 1 f.; Lorey 2012). OWS verortet sich also einerseits in einem transnationalen Kontext mit anderen Bewegungen, andererseits agierte OWS praktisch lokal und bezog sich (negativ) auf regionale und bundesstaatliche Institutionen und (positiv) auf alternative demokratische Institutionalisierungen. Wir zeigen im Folgenden, dass sich die transnationale Dimension von OWS (und ebenso anderer ähnlicher Bewegungen und Besetzungen) insbesondere auf der nicht-integrativ-präfigurativen Seite des Feldes der widerständigen Differenz bewegt, wohingegen das gegenhegemonial-institutionalisierende Element hauptsächlich auf der lokalen Ebene zum Tragen kommt. Hier werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den unterschiedlichen Institutionalisierungsweisen und -prozessen zwischen OWS, anderen Besetzungsbewegungen wie beispielsweise der spanischen M15-Bewegung und der vorangegangenen Alterglobalisierungsbewegung deutlich.

Als sich am 2. August 2011 einige Menschen, einem Aufruf des konsumkritischen Polit-Magazin *Adbuster* folgend, im Bowling-Green-Park in Manhattan/New York einfanden, um an einer Vollversammlung teilzunehmen, welche die von *Adbuster* vorgeschlagene Besetzung der Wall Street am 17. September desselben Jahres vorbereiten sollte, ahnte vermutlich niemand, was daraus werden würde. Der Legende nach wurde die von einem Mix aus marxistisch-leninistischen und trotzkistischen Gruppierungen dominierte Veranstaltung jäh unterbrochen, als eine griechische Anarchistin, Georgia Sagri, ans Mikrofon trat und meinte, dass dies keine Vollversammlung sei, sondern eine Kundgebung und alle, die wegen der Vollversammlung gekommen wären, sich ja dazu auf der anderen Seite des Parks treffen könnten (vgl. Graeber 2012: 29; CrimethInc. 2017: 133). So kam es wenig später zur ersten *general assembly* von OWS, die dann schlussendlich zur Besetzung des Zuccotti-Parks eineinhalb Monate später führte.

Zu dieser Zeit war in Ägypten zwar Präsident Mubarak abgelöst, aber noch immer keine Ruhe eingeleitet, in Griechenland und Spanien waren die ‚Empörten‘ auf den Plätzen und in Tel Aviv war auf dem Rothschild-Boulevard ein Protestcamp errichtet worden (um nur einige Ereignisse zu nennen). Insbesondere die Ereignisse in Ägypten oder Spanien werden immer wieder als eine Inspirationsquelle von OWS genannt. Dabei dienen die Ereignisse auf dem Tahrir-Platz meist als Vorbild für die Idee, einen öffentlichen Raum zu besetzen. So verweist zum Beispiel der Schriftzug „What is our one demand“ auf dem bekannten *Adbuster*-Poster mit dem Wall-Street-Bullen und der Ballerina auf die

11 Wir konzentrieren uns hier ausschließlich auf die New Yorker Besetzung des Zuccotti-Parks und auch hier hauptsächlich auf die Zeit vor und während der Besetzung im Sommer/Herbst 2011.

Vorgänge in Ägypten. Die Idee der *Adbuster*-Autoren Kalle Lasn und Micah White war es, dass sich Menschen auf einem Platz versammeln und erst wieder gehen, wenn ihre Forderung (ihr *one demand*) erfüllt ist. Was in Ägypten die Absetzung Mubaraks war, sollte nach dem Dafürhalten von Lasn und White das Ende des Einflusses von Geld auf die amerikanische Politik sein (vgl. Kerton 2012: 305; White 2016: 16, 38). Auch wenn sich dieser *one demand* wie Forderungen im Allgemeinen für OWS nicht als anschlussfähig erwiesen,¹² so tat es der Verweis auf den Tahrir-Platz als narrative Bezugnahme für Platzbesetzungen als politische Aktionsform umso mehr (vgl. Kerton 2012: 303 f., Graeber 2012: 9, 11 ff.).

Als Vorbild für die Art und Weise der Besetzung diente für Lasn und White wiederum das konsensdemokratische *general-assembly*-Modell der spanischen *acampadas* (vgl. White 2016: 15; White in Graeber 2012: 34). Und auch mit diesem Verweis rannten sie bei den OWS-Aktivist_innen offene Türen ein, weil er eine bereits länger bekannte Form der Organisation ansprach und aktualisieren konnte. Die Idee der (Voll-)Versammlung ist in sozialen Bewegungen spätestens seit den 1980er Jahren aus der Anti-Atom-, der Ökologie-, der Friedens- oder auch der Hausbesetzungsbewegung bekannt und weit verbreitet. Spätestens seit der Alterglobalisierungsbewegung sind Vollversammlungen mit dem Konsensprinzip und Kommunikation über verschiedene Handzeichen verknüpft (vgl. Maeckelbergh 2009, Graeber 2008: 19; Graeber 2009). OWS-Aktivist_innen konnten also auf schon im Vorfeld vorhandenes ‚Bewegungswissen‘ zurückgreifen, von dem sie zumindest gehört hatten, wenn sie nicht selbst „Veteranen“ der Alterglobalisierungsbewegung waren, wie zum Beispiel David Graeber (vgl. Graeber 2012: 38 ff.; Oikonomakis / Roos 2014).

Diese inhaltliche wie personelle Verbindung zur Alterglobalisierungsbewegung verweist bereits auf die lokale Dimension, ist aber auch für die transnationale relevant. Donatella della Porta und Alice Mattoni arbeiten für OWS und ähnlichen Bewegungen heraus, dass allgemein einige Akteure aus der Alterglobalisierungsbewegung teils noch heute auf transnationaler Ebene aktiv sind, die jüngeren sozialen Bewegungen mit ähnlichen Diskursen und Praktiken experimentieren und dabei insbesondere die Ideen einer alternativen Demokratie von unten übernehmen, wie sie sich zehn Jahre früher in der Alterglobalisierungsbewegung entwickelte (vgl. della Porta / Mattoni 2014: 5 f.). So sprechen sie von einer Kontinuität, die für viele Bewegungen in diesem Kontext typisch sei (vgl. ebd.: 1). Vor dem Hintergrund dieser sowohl lokalen wie auch der transnationalen Kontinuität verwundert es kaum, wenn bei den spanischen Platzbesetzungen die Idee, die Wall Street zu besetzen, bereits vor der eigentlichen Besetzung des Zuccotti-Parks zustimmend diskutiert werden konnte (vgl. Castañeda 2012: 318). Und auch hier lässt sich eine Kontinuität zwischen M15 und der Alterglobalisierungsbewegung feststellen, wenn teilweise Nachbarschaftsversammlungen aus dieser Zeit sich in den M15 Kontext integrierten oder neu

12 Mark Bray (2013: 101 ff.) zeigt in seiner OWS-Studie, dass sich dieser *one demand – money out of politics* – zumindest im Organizer-Umfeld von OWS kaum durchsetzen konnte (vgl. auch Graeber 2012: 77 ff.). Er unterscheidet dabei allerdings zwischen zwei unterschiedlichen Schichten von OWS: einer äußeren, vorwiegend liberalen Schicht, der es genau um solche Forderungen ging, und einer inneren Schicht, einem aus Organizern bestehenden ‚harten‘ Kern, der sich meist auf die eine oder andere Art und Weise als anarchistisch verstand (vgl. Bray 2013: 40 ff., 135 ff.). White selbst schwankt in seiner OWS-Reflexion zwischen dem Versuch, OWS als Bewegung zu etikettieren, der es hauptsächlich darum ging, den Stopp des Einflusses von Geld auf Wahlen zu fordern (vgl. White 2016: 35), und einer Klage darüber, dass OWS darin gescheitert ist, eben diese Forderung zu formulieren (vgl. ebd.: 38).

aufgenommen wurden (vgl. Ouziel 2019). Ernesto Castañeda (2012: 314, 318) sieht daher auch eine Gleichartigkeit von OWS und M15 und spricht von „important transnational connections in terms of agendas, tactics, contentious performances and activists themselves“ (ebd.: 316).

Allerdings stellen della Porta und Mattoni auch entscheidende Unterschiede zwischen der Alterglobalisierungsbewegung und den jüngeren sozialen Bewegungen fest:

„while both waves of protest speak a cosmopolitan language, claiming global rights and blaming global financial capital, the Global Justice Movement moved to the national (and local) from the transnational, while the new wave took the reverse route and focused on the national level of protest.“ (della Porta / Mattoni 2014: 6)

Während also Aktivist_innen der Alterglobalisierungsbewegung von Gipfel/Gegengipfel zu Gipfel/Gegengipfel reisten (*summit hopping*) und internationale ökonomische und politische Akteure attackierten, seien die primären Ziele der jüngeren sozialen Bewegungen nationale Regierungen und deren Policies (vgl. ebd.: 2 f.). In diesem Sinne der Umkehrung der Richtung der Transnationalität wechselt auch das von uns in den Fokus genommene Verhältnis von widerständiger Institutionalisierung und widerständiger Nicht-Integration/Präfiguration die Ebenen. Versuchte die Alterglobalisierungsbewegung auf der transnationalen Ebene eine gegenhegemoniale Macht als Alternative zu transnationalen Institutionen wie dem Welt-Wirtschafts-Forum oder den damaligen G8-Treffen aufzubauen, die sich dann unter anderem (temporär) auf der lokalen Ebene (bei internationalen Treffen und/oder Gegenprotesten) als nicht-integratives Moment einer präfigurativen Form alternativer demokratischer Organisation niederschlug, findet nun die Institutionalisierung auf der lokalen Ebene statt, mit den nicht-integrativen, präfigurativen Elementen als transnationales Bindeglied. So ist nicht mehr jeweils ein Gegenprotest zentraler Sammelpunkt, an dem sich eine transnationale Bewegung wieder trifft, sondern die jeweiligen Bewegungen sind in ‚Camps‘ lokal verankert (vgl. ebd.: 6 f.).

Es ist also vor allem die transnationale Ebene der jüngeren sozialen Bewegungen, die von Narrativen der nicht-integrativen Präfiguration geprägt ist. Das zeigt sich insbesondere in der transnationalen Bezugnahme auf alternative Demokratieverständnisse und -praxen, die etablierten Institutionen auch an anderen Orten präfigurativ entgegengesetzt wurden und werden. Dabei konnten die transnational transportierten Narrative als Inspirationsquelle für Bewegungen dienen, die aber gleichzeitig auf lokal vorhandenes Bewegungswissen aus der Alterglobalisierungsbewegung zurückgriffen, dieses reaktualisierten und so einen gemeinsamen Kontext herstellen konnten.

Es ist nun aber auch zu klären, auf welche Weise die gegenhegemonial-institutionalisierende Dimension lokal zum Tragen kam. Genauer gesagt stellen sich zwei Fragen: Erstens, welche Form nahmen diese Versuche der Institutionalisierung einer Gegenhegemonie an? und zweitens, welches Verhältnis entwickelte der Widerstand zu etablierten politischen Institutionen? Es scheint sinnvoll anzunehmen, dass sich die Formen gegenhegemonialer Institutionalisierungen in den jüngeren sozialen Bewegungen unterscheiden, da sie in jeweils unterschiedlichen lokalen beziehungsweise nationalen Polity-Kontexten mit spezifisch politisch-strukturellen Bedingungen, eigenen Protesttraditionen und -zuständen stattfinden. Gab es in Spanien, wo es mit Podemos zur Gründung einer Partei kam, die für sich beansprucht, den politischen Protest der *acampadas* auf institutioneller Ebene fortzuführen und zu vertiefen, oder Griechenland, wo eine schon vorhandene Partei (Syriza) die Dynamiken der Proteste aufnehmen und nutzen konnte, direkte und großangelegte Institu-

tionalisierungsversuche,¹³ kam es in den USA nicht zu solchen. Zwei institutionelle Gründe dafür liegen nahe: Zum einen erschwert das beinahe strikt zweipolige Parteiensystem in den USA die Etablierung einer kleineren, aus lokalem Widerstand kommenden Partei. Zum anderen aber war auch die Alternative zur Gründung einer eigenen Partei, die ‚Okkupation‘ einer bestehenden Partei (im Falle von OWS die „Übernahme“ der Demokraten), verstellt. Einerseits beteiligten sich gerade viele enttäuschte ehemalige Obama-Unterstützer_innen an OWS. Für diese kam es nicht mehr in Frage, noch einmal eine_n Kandidat_in – egal welcher Partei – zu unterstützen oder selbst einer Partei beizutreten (vgl. Bray 2013: 173 ff.). Andererseits zeigten die Demokraten, allen voran Obama selbst, wenig Interesse, die Dynamiken der Bewegung aufzunehmen (vgl. White 2016: 31 ff.). OWS verfolgte *unter anderem*¹⁴ auch deswegen auf der lokalen Ebene weniger gegenhegemoniale Strategien wie das Engagement in Parteien, wie es sich Mouffe vorstellt. Stattdessen kam es zur lokalen, präfigurativen Institutionalisierung der eigenen Demokratievorstellungen in Formen wie der *general assembly*. Hier zeigt sich, dass konkrete Widerstände selbst Ausdruck eines ständigen Aushandlungsprozesses auf einem konflikthaften Bewegungsterrain zwischen den beiden Polen der widerständigen Differenz sind und dass diese je nach lokalen Bedingungen variieren.

Dass sich OWS den etablierten politischen Strukturen verweigerte, heißt aber nicht, dass sich ihr Verhältnis auf gegenseitige Nichtachtung beschränkte. Eine Analyse, die sich lediglich auf organisatorische oder institutionelle Ereignisse und Bewegungen beschränkt, greift hier zu kurz. Eine diskursanalytische Perspektive könnte¹⁵ vielmehr zeigen, dass es OWS – als Anstoßpunkt der Occupy-Bewegung in den USA – schaffte, das diskursive Terrain in den USA so weit zu verschieben, dass diese Verschiebung noch für den Präsidentschaftswahlkampf fünf Jahre später relevant war. So griff der Bewerber um die demokratische Präsidentschaftskandidatur, Bernie Sanders, in großem Umfang die Themen, Begriffe und Rhetorik der Occupy-Bewegungen wie 99 Prozent bzw. 1 Prozent, Einkommensungleichheit und *wealth gap* auf (vgl. Levitin 2015) und gerade liberale Occupy-Aktivist_innen, die von den horizontalen Organisationsstrukturen Occupys frustriert waren, engagieren sich für ihn (Linthicum 2016). Dies geschah mit einem solchen Erfolg, dass sich auch Sanders' Konkurrentin Hillary Clinton dazu genötigt sah, auf diese Themen einzugehen (vgl. Brooks 2015; Levitin 2015; Toles 2015). Sanders, „who was agitating for greater economic equality long before many Occupy protesters were

13 Das heißt nicht, dass nicht auch diese Parteien und erst recht ihre Repräsentationsansprüche bei Aktiven in den Bewegungen unumstritten sind. Vielmehr gelten sie bei ihnen nicht selten als Ende der Bewegung und deren Usurpatoren, die – wie es Ouziel (2019) ausdrückt – dem „Klima“ der Bewegungen, also dem, was als präfigurative Politik die Bewegung ausmacht, entgegengesetzt sind und es zerstören (vgl. CrimethInc. 2017; Schwarz / Sagris / Void Network 2010). So zeigt sich auch hier die widerständige Differenz auf einem umkämpften Bewegungsterrain.

14 „Unter anderem“ deswegen, weil es natürlich noch andere Gründe für die Distanz zu gegenhegemonialem Engagement, vor allem in Parteien, gab. Einen anderen Grund führt Bray an, wenn er darauf verweist, dass die meisten OWS-Organizer sich als Anarchist_innen verstanden (vgl. Bray 2013: 40 ff., 135 ff.).

15 Diese Ausführungen sind Ergebnis einer groben Analyse amerikanischer Tageszeitungen, auf die hier exemplarisch verwiesen wird. Eine genauere diskursanalytische Untersuchung müsste dieses Feld ausweiten und die Wahlkampfreden von Sanders und Clinton miteinbeziehen. Außerdem wäre es in einer weiteren Untersuchung interessant der Frage nachzugehen, wie Occupy das Feld für Graswurzelbewegungen verändert und wie es die Bedingungen mitgeprägt hat, unter denen wenig später die Proteste in Baltimore und die *black-lives-matter*-Bewegung oder die Anti-Fracking-Bewegung und der Widerstand gegen die Keystone XL Pipeline erschienen.

born“ (Linthicum 2016), hätte laut Kate Linthicum dank des verschobenen Diskurses beinahe das geschafft, woran zuvor Dennis Kucinich oder Ralph Nader als linke Präsidentschaftskandidaten gescheitert waren (vgl. ebd.). Das Verhältnis zu Institutionen kann also nicht auf die Frage der Gründung einer Partei beziehungsweise auf die unmittelbare institutionelle Repräsentation der Bewegung reduziert werden. Vielmehr zeigt gerade das Beispiel OWS, dass dieses Verhältnis einerseits auch nicht ‚rein‘ (in diesem Falle) nicht-integrativ sein kann (die Sanders-Kampagne war für einige Occupy-Aktivist_innen durchaus wieder politisch attraktiv) und andererseits, dass die von den Bewegungen ausgelösten Diskursverschiebungen sich auch ohne direkte/intendierte Kooperation institutionell niederschlagen können.

Betrachtet man die lokalen Institutionalisierungsversuche genauer, so lässt sich sehen, dass auch diese alternativen demokratischen Praktiken von den zwei Elementen der widerständigen Differenz durchzogen sind. Dies lässt sich anhand des Konfliktes innerhalb von OWS um den Status der *general assembly* zeigen,¹⁶ die als eine präfigurative Institutionalisierung eben jener Demokratie gesehen werden kann, welche sich die ‚Occupier‘ wünschten. Als solche war sie jedoch nicht unumstritten. Der Konflikt um die Institutionalisierung der *general assembly* entwickelte sich entlang der Frage, ob sie als *das* zentrale Bewegungsorgan gesehen werden konnte, welches verbindliche Entscheidungen für alle Beteiligten treffen konnte, oder ob sie eher ein Ort des gemeinsamen Austausches und des Koordinierens war. Oder anders formuliert stand zur Debatte, ob die Institutionalisierung der *general assembly* als gegenhegemoniales Modell des Regierens oder als experimentelle, nicht-integrative Form der Zusammenkunft vollzogen werden sollte.

Diejenigen, für die die *general assembly* eine Art Regierungsorgan der Bewegung war, argumentierten, dass sie der Ort war, an dem alle zusammenkommen und gemeinsam entscheiden konnten. So war sichergestellt, dass alle Betroffenen eine Stimme im Entscheidungsprozess hatten und dass es im Notfall, gerade für die am ehesten Verletzbarsten, die Möglichkeit gab, Entscheidungen durch das Einlegen eines Vetos zu verhindern. Im Umkehrschluss waren Handlungen innerhalb des Camps oder im Zusammenhang mit der Bewegung, die nicht in der *general assembly* behandelt wurden oder gar gegen die Beschlüsse der *general assembly* oder ein Veto ausgeführt wurden, undemokratisch und autoritär (vgl. CrimethInc. 2017: 44 f., 139). Andere hingegen argumentierten, dass die *general assembly* ein Begegnungsort war, „in which people might exchange influence and ideas, forming fluid constellations around shared goals to take action“ (ebd.: 44). Einem solchen Ort die Kompetenz einzuräumen, bindende Entscheidungen für alle zu treffen, widerspreche nicht nur seiner Funktion, sondern sei auch unsinnig, da einfach jede_r, die_der gerade vorbeikäme, mitbestimmen könne (vgl. ebd.: 45; Bray 2013: 86).

Das Ergebnis war jene vielfach beklagte Ineffektivität. Diese bestand für die einen, die von der *general assembly* bindende Entscheidungen, Forderungen und andere Ergebnisse erwarteten, darin, dass sie diese nicht liefern konnte, weil sich immer jemand fand, der gegen irgendetwas ein Veto einlegte. Für andere bestand sie darin, sich immer wieder mit Positionen auseinandersetzen zu müssen, die sie in ihrer Aktivität ausbremsen und ihnen Verhaltensweisen aufzwingen wollten, denen sie nicht zugestimmt hatten.

16 Alternativ könnte man dies auch anhand der konflikthaften Beziehung der ‚klassisch‘ gegenhegemonialen Strategie der Parteigründung von Podemos und der M15-Bewegung darstellen (vgl. dazu Ouziel 2019). Ebenso könnte man zeigen, dass auch auf transnationaler Ebene nicht nur das nicht-integrative Element erscheint, sondern auch mit Organisierungsversuchen wie Blockupy versucht wird, eine transnationale Gegenhegemonie aufzubauen.

Durch die Erfahrung in den Anfangstagen von OWS behielt sie so auf der narrativen Ebene ihre gegenhegemoniale Strahlkraft, auf der Ebene der Praxis hatte sie diese jedoch eingebüßt:

„Allowing anyone and everyone to participate on an equal footing right off the street was useful for propaganda but that practice is not appropriate for all decision-making bodies. This dynamic was exacerbated by the uniform implementation of consensus when it seems that it’s most effective when participants share some sense of purpose. As Yotam Marom phrased it, ‚Occupy did a lot to assert that it’s possible to govern ourselves, but also people get carried away and form new orthodoxies like consensus [...]‘“ (Bray 2013: 99).

Zusammenfassend zeigt sich also, dass die Ideen des Platzbesetzens und der alternativen demokratischen Praktiken als nicht-integratives, nicht-hegemoniales Element eines transnationalen Widerstandes viele Bewegungen weltweit beeinflussten und in einen gemeinsamen Kontext stellten. Demgegenüber schlug sich das gegenhegemoniale Element in der jeweiligen lokalen Institutionalisierung der einzelnen Bewegungen nieder; immer mit Bezug auf den jeweiligen lokalen Polity-Kontext. Daher unterscheiden sich die einzelnen Bewegungen in der Ausgestaltung dieser Institutionalisierung – von Parteigründungen (Podemos) und Repräsentationsansprüchen von Parteien (Syriza), über Diskursverschiebungen in der politischen Debatte (Sanders Vorwahlkampf-Kampagne) bis zur Institutionalisierung von nicht-integrativen, präfigurativen Organisationsformen (Occupy, M15). Das bedeutet jedoch weder, dass die transnationale Verbindung ausschließlich in der gegenseitigen Bezugnahme auf nicht-integrative, präfigurative Praktiken zum Tragen kommt; noch, dass diese Widerstandsbewegungen auf der lokalen Ebene allein durch gegenhegemoniale Ansätze geprägt sind. Vielmehr ist sowohl der transnationale gemeinsame Kontext der Bewegungen so wie die einzelnen Bewegungen auf lokaler Ebene selbst von der widerständigen Differenz durchzogen. Damit werden hier Tendenzen beschrieben, die selbst das Ergebnis von Auseinandersetzungen auf einem umkämpften Bewegungsterrain entlang der Achse von widerständiger Institutionalisierung und widerständiger Nicht-Integration/Präfiguration sind.

4. Schluss

Ein radikaldemokratisches Politikverständnis geht davon aus, dass sich Demokratie und Politik nicht auf Institutionen und Verfahren reduzieren lassen, sondern als eine immer neu und aus sich selbst heraus begründete Praxis freier Gleicher erscheint, die sich in der Kontestation mit Institutionen und gegebenen Verfahren zeigt (vgl. Nonhoff 2016: 34 f.; Comtesse et al. 2019). Wenn Demokratie weniger ein Set von Institutionen, sondern eine Praxis ist, die sich immer wieder neu konstituieren muss und deren Modi und Subjekte sich stets neu hervorbringen, dann ist dies im Falle von Widerstand noch eklatanter der Fall. Die Formen und Subjekte widerständigen Handelns sind in dem Sinne nicht beschränkt und ihr Widerstand ist nur bedingt an eine Struktur delegierbar. Auf der anderen Seite findet sowohl demokratisches als auch widerständiges Handeln immer schon in gegebenen Verhältnissen und Strukturen statt, gegen die es sich teilweise richtet oder die es teilweise auch nutzt. Widerständiges Handeln ist daher nicht zufällig und es gibt gesellschaftliche Strukturen, die widerständiges Handeln im Allgemeinen oder einzelne widerständige Handlungen im Besonderen eher zulassen als andere.

Wir haben in diesem Text gezeigt, dass sich widerständiges Handeln immer zwischen gegenhegemonialer Institutionalisierung und nicht-integrativer Präfiguration bewegt und das Feld dieser Bewegung widerständige Differenz genannt. Im Nachzeichnen der Bewegungen von jüngeren Bewegungen mit dem Fokus auf die OWS-Proteste in New York 2011 wird deutlich, dass diese füreinander einen gemeinsamen transnationalen Kontext konstituierten, der insbesondere auf nicht-integrativen, präfigurativen Politik- und Demokratievorstellungen basierte. Diese schlugen sich jedoch an den einzelnen Orten auf unterschiedliche Weise nieder und führten dort einerseits zu je verschiedenen gegenhegemonialen Institutionalisierungen, zum Beispiel in Parteien (Syriza, Podemos, Sanders Vorwahl-Kampagne), andererseits zu mehr nicht-integrativen Präfigurationen, zum Beispiel in *Camps/acampadas* mit *general assemblies*. Dabei ist jedoch weder der transnationale Kontext der Bewegungen rein nicht-integrativ/präfigurativ beziehungsweise die lokale Institutionalisierung rein gegenhegemonial strukturiert, noch das Verhältnis der widerständigen Differenz auf diesen Ebenen festgeschrieben, sondern selbst Ausdruck eines ständigen Aushandlungsprozesses innerhalb der einzelnen Bewegungen. Die beiden Achsen national-transnational und gegenhegemonial-präfigurativ lassen sich nicht einfach aufeinander abbilden, sondern interagieren zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten auf unterschiedliche Weise. Uns scheint aber gerade dann, wenn man die Frage nach transnationalem Widerstand stellt, wichtig, beide Seiten der widerständigen Differenz – gegenhegemoniale Institutionalisierung und nicht-integrative Präfiguration – im Auge zu behalten. Ein Widerstandsbegriff, der eine der beiden Dimensionen des Widerstandes aus den Augen verliert oder sie zu strikt zu hierarchisieren versucht, übersieht auch immer einen Teil der Widerständigkeit.¹⁷

Literatur

- Beasley-Murray, Jon, 2003: On Posthegemony. In: *Bulletin of Latin American Research* 22 (1), 117–125.
- Bray, Mark, 2013: *Translating Anarchy. The Anarchism of Occupy Wall Street*, Winchester (UK) / Washington (USA).
- Brooks, David, 2015: *The New Old Liberalism*. In: *The New York Times* vom 14.07.2015.
- Butler, Judith, 2001: *Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung*, Frankfurt (Main).
- Castañeda, Ernesto, 2012: *The Indignados of Spain: A Precedent to Occupy Wall Street*. In: *Social Movement Studies* 11 (3-4), 309–319.
- Comtesse, Dagmar / Flügel-Martinsen, Oliver / Martinsen, Franziska / Nonhoff, Martin, 2019 (Hg.): *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, Berlin.

17 Dieser Text ist das Ergebnis einer jahrelang schwelenden Diskussion zwischen den beiden Autoren. Das Ergebnis kann als ein erster Versuch gelten, einen gemeinsamen Grund zwischen hegemonietheoretischen und anarchistischen Implikationen der radikalen Demokratietheorie auszuloten, ohne dabei die bestehenden Differenzen zu überdecken. Dies geschah in der Überzeugung, dass das Versprechen der Pluralität, wie es in *Hegemonie und radikale Demokratie* formuliert wird, nur einlösbar sein kann, wenn sich beide Perspektiven mit einer offenen Haltung begegnen. Das ist es letztlich, was den Begriff der widerständigen Differenz ausmacht und was wir mit dem letzten Satz dieses Textes betonen. Für ihre hilfreichen Kommentare, Kritik, Literatur- und Verbesserungshinweise danken wir dem Bremer Kolloquium zur Politischen Theorie, insbesondere Gundula Ludwig, und den beiden Herausgeber_innen Robin Celikates und Frauke Höntzsch. Außerdem möchte sich Christian Leonhardt bei den Organisator_innen der 4. Fachtagung der DNGPS „Herrschaft und Widerstand“. *Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf umkämpfte Verhältnisse*“ (2015) in Kassel für die Möglichkeit bedanken, die allererste Idee zu diesem Text vorstellen zu können.

- CrimethInc., 2017: *From Democracy to Freedom. The Difference Between Government and Self-determination*, Salem.
- Day, Richard J. F., 2005: *Gramsci is Dead. Anarchist Currents in the Newest Social Movements*, London / Toronto.
- Day, Richard J. F., 2011: *Hegemony, Affinity and the Newest Social Movements: at the End of the 00s*. In: Duane Rousselle / Süreyya Evren (Hg.), *Post-Anarchism. A Reader*, London / New York, 95–116.
- Day, Richard J. F. / Montgomery, Nick, 2016: *Letter to a Greek Anarchist: On Multitudes, Peoples, and New Empires*. In: Alexandros Kioupiolis / Giorgos Katsambekis (Hg.), *Radical Democracy and Collective Movements Today*, London, 45–71.
- Deleuze, Gilles, 1993: *Postskriptum über die Kontrollgesellschaft*. In: Ders., *Unterhandlungen. 1972–1990*, Frankfurt (Main), 254–262.
- Deleuze, Gilles / Guattari, Félix, 1992: *Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie II*, Berlin.
- della Porta, Donatella / Mattoni, Alice (2014): *Patterns of Diffusion and the Transnational Dimension of Protest in the Movements of Crisis: An Introduction*. In: Dies. (Hg.), *Spreading Protest. Social Movements in Times of Crisis*, Colchester, 1–18.
- Errejón, Íñigo / Mouffe, Chantal, 2016: *Podemos: In the Name of the People*, Chadwell Heath.
- Foucault, Michel, 1983 [1976]: *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I*, Frankfurt (Main).
- Graeber, David, 2008: *Frei von Herrschaft. Fragmente einer anarchistischen Anthropologie*, Wuppertal.
- Graeber, David, 2009: *Direct Action: An Ethnography*, Edinburgh / Oakland.
- Graeber, David, 2012: *Inside Occupy*, Frankfurt (Main).
- Hardt, Michael / Negri, Antonio, 2002: *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt (Main).
- Kastner, Jens, 2012: *Platzverweise. Die aktuellen sozialen Bewegungen zwischen Abseits und Zentrum*. In: Isabell Lorey / Jens Kastner / Tom Waibel / Gerald Raunig (Hg.), *Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen*, Wien / Berlin, 50–86.
- Kerton, Sarah, 2012: *Tahrir, Here? The Influence of the Arab Uprisings on the Emergence of Occupy*. In: *Social Movement Studies* 11(3-4), 302–308.
- Kuhn, Gabriel, 2008 (Hg.): *„Neuer Anarchismus“ in den USA. Seattle und die Folgen*, Münster.
- Laclau, Ernesto, 2005: *On Populist Reason*, London / New York.
- Laclau, Ernesto, 2014: *Introduction*. In: Ders., *The Rhetorical Foundation of Society*, London / New York, 1–9.
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal, 2012 [1985]: *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, 4. durchgesehene Auflage, Wien.
- Leonhardt, Christian, 2018: *Reinszenierungen. Von der Szene der Plebejer zur Untersuchung des politischen Moments in gegenwärtigen Bewegungen*. In: Thomas Linpinsel / IL-Tschung Lim (Hg.), *Gleichheit, Politik und Polizei: Jacques Rancière und die Sozialwissenschaften*, Wiesbaden, 141–163.
- Levitin, Michael, 2015: *The Triumph of Occupy Wall Street*. In: *The Atlantic* vom 10.06.2015.
- Linthicum, Kate, 2016: *Sanders campaign occupies a movement Occupy Wall Street protesters find a leader with same priorities*. In: *The Capital (Annapolis)* vom 01.02.2016.
- Lorey, Isabell, 2012: *Demokratie statt Repräsentation. Zur konstituierenden Macht der Besetzung*. In: Dies. / Jens Kastner / Tom Waibel / Gerald Raunig (hg.), *Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen*, Wien / Berlin, 7–49.
- Maackelbergh, Marianne, 2009: *The Will Of The Many. How the Alterglobalisation Movement is Changing the Face of Democracy*, London / New York.
- Marchart, Oliver, 2010: *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*, Berlin.
- Mouffe, Chantal, 2005: *Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik*, Wien.
- Mouffe, Chantal, 2016 [2013]: *Agonistik. Die Welt politisch denken*, 2. Auflage, Berlin.
- Mouffe, Chantal, 2018: *Für einen linken Populismus*, Berlin.
- Newman, Saul, 2011: *Post-anarchism and Radical Politics Today*. In: Duane Rousselle / Süreyya Evren (Hg.), *Post-Anarchism. A Reader*, London / New York, 46–68.
- Nonhoff, Martin, 2016: *Krisenanalyse und radikale Theorie der Demokratie*. In: *Mittelweg* 36 25 (2), 21–37.

- Nonhoff, Martin, 2019: Ernesto Laclau. In: Dagmar Comtesse / Oliver Flügel-Martinsen / Franziska Martinsen / ders. (Hg.), Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch, Berlin, 337–345.
- Oikonomakis, Leonidas / Roos, Jérôme E., 2014: They Don't Represent Us! The Global Resonance of the Real Democracy Movement from the Indignados to Occupy. In: Donatella della Porta / Alice Mattoni (Hg.), Spreading Protest. Social Movements in Times of Crisis, Colchester, 117–136.
- Ouziel, Pablo (2019): A Non-state-centric Conception of Social Transformation in Spain: 15M; <https://www.politika.io/fr/notice/a-nonstatecentric-conception-of-social-transformation-in-spain-15m>, 06.09.2019.
- Schwarz, A. G. / Sagris, Tasos / Void Network, 2010 (Hg.): Wir sind ein Bild der Zukunft – auf der Straße schreiben wir Geschichte, Hamburg.
- Toles, Tom, 2015: Occupy Wall Street just won. In: Washington Post vom 15.07.2015.
- van de Sande, Mathijs, 2015: Fighting with Tools: Prefiguration and Radical Politics in the Twenty-First Century. In: Rethinking Marxism 27 (2), 177–194.
- Virno, Paolo, 2005: Grammatik der Multitude. Mit einem Anhang: Die Engel und der General Intellect, Wien.
- Virno, Paolo, 2010: Exodus, Wien / Berlin.
- White, Micah, 2016: The End of Protest: A New Playbook for Revolution, Toronto.